

Saale-Beitung.

Dreizehnter Jahrgang.

Anzeigen

werden die Spaltenpreise des Saale-Blattes mit 20 Pfg., solche aus Halle mit 15 Pfg. berechnet und in der Expedition, nach unten Anzeigenschriften und allen Anzeigen-Expeditionen angenommen.

Wochensatz der Zeit 60 Pfg. Erhalten werden: Sonntag und Montag einmal, sonst zweimal täglich.

(Der Abdruck unserer Original-Artikel ist nicht gestattet.)

Bezugspreis

Im Saale vierteljährlich 2,50 M., bei postamtlicher Bestellung 2,75 M., durch die Post 3 M., postamtlich 2 M., einmonatlich 1 M., auswärts befristet. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen. Nr. 6705 des amtl. Zeit.-Berg.

Für die Redaktion verantwortlich Dr. Oswald Schöge in Halle.

(Herausgeber-Verbindung Nr. 176.)

Nr. 424.

Halle a. d. Saale, Sonnabend den 9. September

1899.

Deutschland und der Prozeß Dreyfus.

Die Frage, ob die deutsche Reichsregierung in die Vernehmung des Obersten v. Schwarzkopfen eingewilligt hätte, gehört der Vergangenheit an. Es ist heute müßig darüber zu streiten, ob die Ausführungen der öffentlichen Blätter, wonach Herr von Schwarzkopfen nicht kommissarisch vernommen worden wäre, oder aber die Erklärungen Labors', wonach die kommissarische Vernehmung tatsächlich worden sei, dem wirklichen Sachverhalt entsprechen. Die Debatte ist durch die Entschlüsselung des Kriegsvertrages von Reims abgeschlossen worden. Man hat in Reims diese Vernehmung gar nicht gewünscht. Man hat man gewünscht, daß sie von Deutschland abgelehnt werden sollte, so hätte sich vermutlich der Gerichtshof entschlossen, die Vernehmung zu beantragen, und dann hätte man aus der Ablehnung Kapital gegen den Angeklagten geschlagen. Das ist alles außer genommen und weder Herr v. Schwarzkopfen noch Oberst Baugard werden vor dem bevorstehenden Urteilspruch ihre Aussagen machen.

Folgt daraus, daß man in Berlin gleichgültig gegen die Entwicklung der Dinge in Frankreich ist? Auf diese Frage giebt die neueste Rundgebung im „Reichsanzeiger“ blühende Antwort. So deutlich wie die Reichsregierung sprechen darf, ohne daß sie sich dem Vorwurf aussetzt, sich in die inneren Angelegenheiten eines fremden Staates zu mischen, hat sie am Freitag abend gesprochen, und man wird dieses Wort auch in Frankreich verstehen. Etwas Neues freilich enthält die Erklärung nicht. Sie wiederholt nur was schon bekannt war, und auch das nicht einmal alles. Denn es war schon mehr bekannt, insbesondere, daß sich seit dem November 1898 in den Händen der französischen Regierung eine verantwörtliche Erklärung des Herrn v. Schwarzkopfen über seine Beziehungen zu Ghergach befindet, und ferner, daß in diesem Jahre, im Frühling, der deutsche Botschafter in Paris amtlich der französischen Regierung mitgeteilt hat, daß Herr v. Schwarzkopfen eine ganze Reihe von Briefen und Notizen an Ghergach geschrieben habe. Der Regierungskommissar in Reims freilich, Herr Carrière, hielt dabei, daß Ghergach nicht der Zuträger des Herrn v. Schwarzkopfen gewesen sein könne, denn was hätte ein Mann wie Ghergach einem so bedeutenden Offizier, wie es der deutsche Militärattaché in Paris, bieten können? Wozu aber soll Herr v. Schwarzkopfen, wenn er Ghergach nicht benutzt, Briefe an ihn geschrieben haben? Wozu hat er ihm, wie der „Figaro“ behauptet, monatlich 2000 Francs bezahlt?

Die Erklärung im „Reichsanzeiger“ wiederholt, daß der deutsche Botschafter in Paris, im März und Januar 1898 dem Minister Dauterle, dem Ministerpräsidenten Dreyfus, dem Reichskanzler v. Hofmann, dem Reichsminister v. Bülow die deutsche Reichsregierung wiederholt erklärt habe, daß die faiserliche Botschaft in Frankreich weder direkt noch indirekt irgend welche Beziehungen zum Hauptmann Dreyfus unterhalten hat. Oben wird die in jüngster Zeit viel erörterte Erklärung des Staatssekretärs v. Bülow vom 24. Jan. 1898 wiederholt, die ebenso versichert, daß zwischen Dreyfus und irgend welchen deutschen Organen Beziehungen oder Verbindungen irgend welcher Art niemals bestanden haben. Die Wiederholung dieser Rundgebung im gegenwärtigen Augenblick hat zweifellos eine erhebliche Bedeutung. Sie bezeugt, daß Deutschland noch heute auf dem Standpunkt steht wie damals, daß es auch angesichts der Verhandlungen von Reims in der freudlichsten Form öffentlich behauptet und behaupten kann, Dreyfus ist nicht der Schuldige. Er hat keine militärischen Geheimnisse an Deutschland verraten. Das geschieht in seiner eigenen Angelegenheit, wo der Regierungskommissar in seiner Ankündigung auf eine Ausföhrung in dem geheimen Aktenbuche Bezug genommen hat, wo augenscheinlich der deutsche Kaiser als Gewährsmann für die Schuld des Hauptmanns Dreyfus dienen soll. Diese Bezeugung des Regierungskommissars war eine Art Abschlusssatz, seine Ausföhrung widerspricht der Wahrheit. Denn jene Stelle des Aktenbuchs wirdes des deutschen Staatssekretärs v. Bülow ist keineswegs so zu deuten, als ob der Kaiser über die Verhaftung von Dreyfus bemerkt, sondern daß er wegen der falschen Anschuldigungen von Beziehungen des Dreyfus zu Deutschland in Paris sich gewogen ist.

Aber so wichtig wie die Thatsache der amtlichen Veröffentlichung im „Reichsanzeiger“ überhaupt, ist insbesondere die Einleitung, wonit die Veröffentlichung geschieht. Der „Reichsanzeiger“ betont die lokale Beobachtung der gegenüber einer fremden inneren Angelegenheit gebotenen Zurückhaltung. Aber zugleich wird erklärt, daß die Rundgebungen der deutschen Staatsämter erfolgt sind „zur Wahrung ihrer eigenen Würde und zur Erfüllung einer Pflicht der Menschlichkeit.“ Hier liegt zweierlei. Erstlich ein Protest gegen die Dreyfusfrage, amtlichen und festerlichen Versicherungen des deutschen Staatssekretärs einfach den Glauben zu verlassen. Zweitens aber, und das ist das Wichtigste, liegt in der Erklärung, daß eine Pflicht der Menschlichkeit erfüllt werde, Kipp und für der Ausföhrung der Meinung, daß an dem Hauptmann Dreyfus ein Unrecht verübt sei, und daß es daher die Menschlichkeit auch der deutschen Regierung gebietet, so viel zur Klärung des Unrechts und zur Befriedigung eines neuen Justizmordes zu thun, als sie bei der gebotenen Zurückhaltung überhaupt zu thun imstande ist.

Für jeden Beurtheiler, der noch nicht völlig verblendet ist, kann nach dieser Rundgebung nicht der geringste Zweifel sein, daß Dreyfus schuldig ist. Das hat auch am 11. Februar 1898 bei der Erörterung über die Erklärungen des Herrn v. Bülow der Abg. Richter ausgesprochen, indem er sagte:

„Nachdem diese Erklärung abgegeben ist, kann über den

Sachverhalt, was Deutschland anbelangt, niemand mehr im Zweifel sein, der irgendwie noch halbwegs vernünftig ist, vorausgesetzt, daß er der Wahrheit die Ehre geben will.“ Das gilt auch heute noch, und es gilt nicht nur für Deutschland, sondern auch für Frankreich und das Kriegsgericht von Reims. Welche Wirkung aber die Rundgebung der deutschen Regierung auf den Gerichtshof üben wird, das ruht im Schoße der Götter.

Deutsches Reich.

Dr. v. Mikul

— das ist die ziemlich allgemein verbreitete Ansicht politischer Kreise — ist der wachstümliche Schuldige an der Ablehnung des Mittelkanals. Die politischen Beamten, die als Abgeordnete gegen den Kanal gestimmt haben, sind gemäßigt worden, Minister v. Mikul aber „füßt sich unerbittlich dem je.“ Wie sehr gerade Mikul's Stellung zur Kanalfrage die Kontrastivellen in ihrem Widerstand gegen die Vorlage bekräftigt hat, erhebt auch aus einer Mitteilung der „Märk. Volksztg.“ Dies Berliner Centrumblatt bezeugt, daß Herr v. Mikul in einem Gespräche mit verschiedenen Abgeordneten geäußert habe: „Wenn wir Kanäle bauen, dann können wir natürlich keine Eisenbahnen mehr bauen.“ Damit habe er natürlich eine Quantitätsfrage unter dem Stich eines jeden Abgeordneten seiner Wahlkreise getastet, die Eisenbahnen verlangen. Nach Ansicht der „Märk. Volksztg.“ mehren sich übrigens die Ansichten, die darauf schließen lassen, daß Mikul selbst jene Tage für gefährlich hält. Er möchte sich wohl den günstigen Moment zu einem guten Abzuge fügen; aber es könnte leicht der Fall sein, daß der kluge Mann sich bereits verpaßt hat, daß das Orben nicht mehr von ihm abhängt, sondern die passive Form des Gehangenswerdens in Anwendung kommt. „Es gelingt ihm nicht mehr, und Leute, die nichts zu „machen“ vermögen, kann der herrschende Bigardismus nicht gebrauchen.“

Der Kampf gegen die Agrarbenagogen.

Die Regierung ist entschlossen, zunächst in der Provinz Posen der Agrarbenagogen energisch entgegenzutreten. Die „Pol. Ztg.“ versichert, daß ihre Willkür von ungewöhnlichen Erfolgen der Regierung an die Beamten, sich von einer Beteiligung an bündelweisen Verreibungen fernzuhalten, Thatsache und durch kein Demotiv hinweggeschaffen ist. Alle Beamten werden auf Herz und Nieren geprüft, die Widerspenstigen und Unzufriedenen entfernt, die Kreisblätter dem Bunde entzogen werden. Die „Pol. Ztg.“ ist der Ansicht, daß die Folgen dieses Vorgehens gewiß in vieler Hinsicht legerend sein werden, bedauert jedoch die Willkür im Interesse der Politik der Sammlung aller deutschen Elemente gegenüber den Polen. Wir verstehen es sehr wohl, daß das freimüthige Wort, das um die Förderung des Deutschthums in den Provinzen sich mit anerkanntem Eifer und Erfolg bemüht, aus diesem Gesichtspunkte das Vorgehen der Regierung nicht billigt, zum mindesten den Zeitpunkt nicht für geeignet erachtet. Wir können indes die Behauptungen der Bespottung des Deutschthums in dem von der „Pol. Ztg.“ besprochenen Umsange nicht theilen. Ein gegenwärtiger Zusammenschluß der deutschen Parteien ist schon bei der letzten Reichstagswahl erfolgt und hat zur Eroberung mehrerer bisher in politischen Besitz gewesener Mandate geführt. Ein eigentlicher Kampf zwischen deutschen Parteienrichtungen hat nur in wenigen Wahlkreisen stattgefunden und hätte vielleicht auch noch in dem einen oder anderen vermieden werden können, wenn man auf konservativer Seite sich nicht gerade auf die Aufstellung extrem-agrarischer und reaktionärer Kandidaten verfaßt hätte. Wenn heute die Provinz Posen nur durch einen freimüthigen Abgeordneten im Reichstage vertreten ist, so liegt dies gewiß nicht an der unermesslichen Schwäche der liberalen Parteien, sondern an der Herrschaft der Konföderation und an der faulischen Befähigung der liberalen Kandidatur gerade durch das Deutschtum. Die ganze konservative Perlektion in der Provinz Posen stützt sich einzig und allein auf den Beamtenapparat, in erster Linie auf die Distriktskommissare. Dieselben bieten sich im Reichstage noch Gelegenheit, die faulischen Aktionen der Distriktskommissare einzulernen, z. B. des Wahlkreises Gollmar-Gammar-Hilse, zu Gunsten der Kandidaten des Bundes der Landwirthe näher zu beleuchten. In einer Stadt wie Hilse, z. B. hat der konservativ-bündelnde Verwirrungs des Liberalen sämtliche Säle zur Abhaltung einer Versammlung geipert. Der Agitation des Bauernvereins „Nordost“ wurden gerade seitens der Distriktskommissare die größten Schwierigkeiten in den Weg gelegt. Von Saaltribereitern ganz abgesehen, ist sogar in einzelnen Fällen versucht worden, die Gemeindevorsteher zu bestimmen, die erlöschenden Mitglieder zum Austritt aus dem Verein zu veranlassen. Wir könnten noch eine lange Reihe weiterer Beispiele unzulässiger Begünstigung der Verreibungen des Bundes der Landwirthe hier aufzählen. Wenn die Regierung nunmehr entschlossen ist, diesen Beamten die offene Unterstützung einer von dem Landwirthe-Kommissar früher selbst als „gemeingefährlich“ bezeichneten einseitigen Parteirichtung auf das strengste zu verbieten, so handelt sie nur folgerichtig und konstitutionell.

Zu dem Vorgehen der preussischen Staatsregierung gegen den Bund der Landwirthe beginnt die Meinung des letzteren bereits Stellung zu nehmen. Die Vertretung des Bundes der Landwirthe im Reichstage Sachsen hat nämlich die dortige konservative Parteileitung aufgefordert, sämtliche Kandidaten von Beamten in den sächsischen Landtagswahlen freizulassen, z. B. des Wahlkreises Gollmar-Gammar-Hilse, zu Gunsten der Kandidaten des Bundes der Landwirthe eines Beamten weber für den Landtag noch für den Reichstag mehr unterstützen werden.

Die „Deutsche Tagesztg.“ sieht sich ferner veranlaßt, über Herrn Kapper folgende Note zu veröffentlichen:

„Die generelle Presse beschäftigt sich jetzt sehr lebhaft mit einem Artikel der „Deutschen Agrarztg.“ und macht für die Darlegungen dieses Artikels mehr oder weniger den „Bund der Landwirthe“ verantwortlich. Es braucht dieser Besprechungen gegenüber nur daran erinnert zu werden, daß die Zeitung a des Bundes der Landwirthe schon bei einem früheren Gelegenheits öffentlich erklärt hat, daß sie auf die „Deutsche Agrarztg.“ keinen Einfluß habe.“ Herr Kapper selbst hat aber gelegentlich veröffentlicht, daß er in Beziehungen zu der Bundesleitung stehe.

Die Handelsverbindungen zwischen Deutschland und Rußland. Im Auftrag und unter Leitung des berühmten russischen Staatsmannes W. A. Rosolowski hat Prof. Gullischambrowski-Petersburg ein Werk über die Beschäftigung Rußlands im Weltmarkt veröffentlicht. Jetzt wo die Erneuerung des deutsch-russischen Handelsvertrages in Höhe zu erwarten ist, dürften die Betrachtungen Gullischambrowski's über die deutsch-russischen Handelsbeziehungen von nicht geringem Interesse sein.

Unter den nach Deutschland eingeführten Waaren steht die erste Stelle das Getreide. Im Jahre 1898 wurde Weizen, Gerste, Roggen und Hafer im Wert für 495,7 Mill. Mark eingeführt. Diese Summe macht 11 Proz. des ganzen Imports aus. Den hauptsächlichsten Theil dieses eingeführten Getreides besaß Deutschland aus Rußland. In letzter Zeit wurde die Einföhrung russischer Getreide aus Deutschland etwas schwächer, was theilweise dadurch zu erklären ist, daß auch außereuropäische Länder ihr Getreide nach Deutschland importieren. Zu den wichtigsten Importartikeln Deutschlands gehören auch Wolle und Baumwolle, die 10,4 Proz. des gesamten Imports ausmachen. — Nach den statistischen Daten haben die von Rußland nach Deutschland jährlich eingeföhrten Waaren einen Werth von ca. 350 Millionen Mark, unter den ungenüthigen Verhältnissen im Jahre 1888 nur die Summe von 264 Millionen Mark. Im dem Import nach Deutschland nahm Rußland nicht selten die zweite Stelle ein, z. B. im Jahre 1898. Die erste Stelle erhielt ein England, dann folgten Rußland, die Vereinigten Staaten und Belgien-Ungarn. Für den deutschen Export hat Rußland weniger Bedeutung, da der jährliche Export Deutschlands nach Rußland 175 Millionen Mark beträgt, also ungefähr die Hälfte der von Rußland nach Deutschland eingeföhrten Waaren. Im Jahre 1898 nahm Rußland in dem deutschen Export die fünfte Stelle ein (nach England, den Vereinigten Staaten und Holland) und betrug die nach Rußland eingeföhrten deutschen Waaren 6,4 Proz. des gesamten deutschen Exports. Zu den wichtigsten Exportartikeln Deutschlands nach Rußland gehören Eisenwaaren, Maschinen, Zirkonblei, Leder, Schwämme u. a. — In bezug auf die Waaren, die von Rußland nach Deutschland importiert werden, sind viele vorhanden, die gar nicht in Deutschland erzeugt sind. Diese Waaren betragen ungefähr 25 Proz. des gesamten deutschen Exports nach Rußland. Statt also diese Waaren an Ort und Stelle zu erwerben, wendet sich Rußland an die Vermittlung Deutschlands.

Parlamentarisches.

* Der Abg. Heine-Berlin hat in der Versammlung des dritten Berliner Wahlkreises am Dienstag abend bekannt gegeben, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zur zweiten Beratung des Gesetzes zum Schutze der gewerblichen Arbeitsverhältnisse „mit positiven Anträgen hervortreten werde, die den wirksamen Schutze der Koalitionsfreiheit bezwecken.“ Bekanntlich hat Abg. Dr. Dreyer bereits bei der ersten Beratung jenes Gesetzes angekündigt, daß er im Herbst dem Regierungsentwurf einen ausgearbeiteten eigenen Entwurf gegenüberstellen werde, der das zunächst scharfe und vollkommene solle, was die Regierungsvorlage zu scharfen internem. Insbesondere wolle der Entwurf die von politischen Parteien des Reichs mit einander in Verbindung zu treten, und den Berufsvereinen die Rechtsfähigkeit erwirken. Wie weit er in seinem Entwurf auch den Schutze der vollständigen Koalitionsfreiheit gegen Mißbrauch entwickeln wollte, ging aus seiner Rede nicht mit Sicherheit hervor. Dementshalb eroffnen aber diese Ankündigungen von Seiten des Centrums und der Sozialdemokraten die Ansicht auf langwierige und weitausgehendere Debatte zur zweiten Lesung des Entwurfs. Praktisch bedeuten diese Ankündigungen etwa so viel, daß alle noch unentledigten Initiativanträge, die mit der Koalitionsfreiheit irgend in Beziehung stehen, demnachst in Verbindung mit dem Entwurf zum Schutze der gewerblichen Arbeitsverhältnisse auf die Tagesordnung gestellt und beraten werden sollen. Dahin gehört auch der Antrag der nationalliberalen Fraktion, durch ein „Notgesetz“ das Koalitionsverbot für politische Vereine aus der Welt zu schaffen, wo es landesgesetzlich noch immer fortbesteht. In welcher Weise eine derart belastete Plenarberatung zu Ende geführt werden kann, ist vollständig nicht abzusehen.

* Der nationalliberale Reichstagsabgeordnete Antschütz hat sich in Dresden, gewandt für Annaber-Schwabensberg, hat seine Entlassung aus dem Staatsdienst nachgesucht und erhalten. Er wurde nämlich wegen eines Unfalls während der Reichstagsession von Amtsrichterspräsidenten in Dresden die ihm zustehenden Gerichtsherrn verweigert. Auf eingehende Beschwerde machte zwar das Ministerium die Maßregel rückgängig. Erhebt hat die Sache aber so stark, daß er sofort seine Entlassung nahm.

Berufung und Reichstagsfrage.

* Herr v. Standt, Generalanwaltsdirektor der Provinz Posen und Kanalregier, hat dem „Polener Tagesblatt“ zufolge seinen Absicht nicht eingezogen. Gegen den Reichstagsrat v. Blankenau in Frankfurt a. O., der im Landtage gegen den Mittelkanal gestimmt hat, um seinen Absicht abgeben.

Das Geschäftshaus

J. Lewin, Halle a. S.

beehrt sich hiermit ergebenst anzuzeigen, dass

die Abtheilung für

**Damen-
und
Kinder-
Confection**

die Abtheilung für
feineren

**Damenputz
Weiss- u.
Modewaaren**

die Abtheilung für

**Kleiderstoffe
und
Seiden-
waaren**

die Abtheilung für

**Wäsche,
Leinen- u.
Baumwoll-
waaren**

mit allen

Neuheiten der Herbst- und Winter-Saison

auf das Vollkommenste ausgestattet ist. Die Auswahl entspricht dem grossen Umfange des Etablissements und gelangen stets nur bestbewährte und auf ihre Solidität hin sorgfältig geprüfte Qualitäten zum Verkauf.

== **Feste, anerkannt billigste Preise.** ==

Tanz-Unterricht.

Sämmtliche Stunden lehren Damen und Herren jeden Alters in 4 bis 5 Privatstunden gründlich (sängerischer Unterricht). Anmeldungen nehme ich Sonntag den 10. September früh von 10 bis 12 Uhr und Nachmittags von 3 bis 6 Uhr in der Börsenhalle, Gr. Berlin, entgegen.
Franz Schapitz, Tanzlehrer, früherer Tänzer. ...

Töchterpensionat von **V. Haase,**
Halle, Magdeburger Str. 31, I.
Angeordnetes Familienleben, allseitige Ausbildung.



Umzüge aller Art
übernimmt unter Versicherung sorgfältigster Bedienung
C. H. Kretzschmar,
Halle, Königsstr. 70.

Bettfedern, Daunen
wie bekannt in nur streng reeller reiner Waare und zu billigen Preisen.
Fertige Betten u. Zulette in großer Auswahl.
B. Benkwitz, Gr. Märkerstr. 17.

Von meiner Reise zurückgekehrt.
Professor Dr. Leser.

**XXVI. Quedlinburg-er
Pferde-Lotterie.**
Ziehung 5. Okt. 99.
Hauptgew. 5000 M. W.
1000 Gewinn.
im Werthe von 25500 M.
Loose à 1 Mark
b. d. General-Agenten
Carl Krebs in Quedlinburg,
**Schrödel & Simon, Gr. Ulrich-
str. 39, Otto Heidel** Sorbitz,
Halle, **Franz Reinecke, H. &
H. Becker, Wilh. Knoblauch, Ernst Kleinschmidt, Pfeffersche Buchh., Paul Kettel, Sebast. Hasenauer** in Halle; **Emil Bötcher, Teutschenthal; Hermann Lüddecke, Landsberg.**
Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

Julius Becker

Bankgeschäft

Halle a. S., Martinsberg 9, Fernsprecher 453,
empfiehlt sich

zur Ausführung aller zum Bankfach
gehörigen Geschäfte,
besonders zum

An- und Verkauf von Werthpapieren.

Anatomisch-physiologische Heil- und Kunstanstalt.

Unterstützung von Fußbetteidungen für leidende Füße, wie Plattfüße, Kröpfen, Steifheit der Fehen, milderer Mitteln bei Erwachsenen, sowie bei Kindern. Diefelben entstehen nur durch ungewöhnliche Fußbetteidung; daher ist nur für solche wieder das Mittel Heilmittel obiger Anstalt, geöffnet täglich von früh 7 bis Abends 8. Halle, Gr. Märkerstr. 27, gegenüber dem Rathhausgänger. J. Jakszycki, Zahnärztlicher, praktisch und wissenschaftlich ausgebildet.

Lui Blume, Hoflieferant,

Halle a. S. Leipziger Strasse 13, II. Fernspr. 1293.

beehrt sich den Einzug von

Anzug-, Ueberzieher- und Beinkleiderstoffen

in nur edelsten Qualitäten und neuesten Mäthern für die kommende **Herbst- und Winter-Saison** erarbeiten anzuziehen und hält sich zur Anfertigung von

feiner Herren-Garderobe nach Maass

unter Garantie für tadellosen, eleganten Sitz bestens empfohlen.

Auf Wunsch stehen meine Zuschneider zum Vorlegen von **Musterkarten** und zum **Maassnehmen** gern zu Diensten.